

p. B. 41.21.Ho. - BH.

N o t i züber den Besuch von Dr. Nyaradny, ehemaliger ungarischer
Finanzminister.

Dr. Nyaradny hat am 6. Dezember 1948 bei mir vorge-
sprochen und mich gebeten, es möchte ihm als politischer
Flüchtling das Asyl in der Schweiz gewährt werden. Diesbe-
züglich hatte ich mich bereits mit Herrn Dr. Mäder von
der Eidg. Fremdenpolizei in Verbindung gesetzt, welcher
das Gesuch um Asylgewährung entgegengenommen hat und das-
selbe nach Fühlungnahme mit der kant. Fremdenpolizei Zürich
dem Bundesrat unterbreiten wird. Da das Politische Departement
keine Bedenken äusserte, sollte einer Erteilung der
Toleranzbewilligung für 6 Monate nichts im Wege stehen.
Dr. Nyaradny hat bereits mit der hiesigen Amerikanischen
Gesandtschaft (Leg. Rat Higgs) Kontakt genommen, um seine
Weiterreise nach den Vereinigten Staaten vorzubereiten.
Er beabsichtigt, auf keinen Fall ständig in der Schweiz
zu bleiben. Nach seinen eigenen Angaben soll er über die
nötigen Mittel verfügen, um einen längeren Aufenthalt für
sich und seine Gattin im Ausland zu finanzieren.

Sofort nach seiner Ankunft in der Schweiz hat
Dr. Nyaradny der Neuen Zürcher Zeitung ein Communiqué
über seinen Rücktritt übergeben, damit seine Version über
die Demissionsgründe vor derjenigen der ungarischen Re-
gierung bekannt werde.

Ueber die Gründe seines Rücktrittes als unga-
rischer Finanzminister gab Dr. Nyaradny folgendes an :
Als Finanzminister sei er vor einiger Zeit von seiner
Regierung beauftragt worden, Verhandlungen mit verschiedenen
Staaten über die Rückführung des durch die Deutschen geraub-
ten ungarischen Eigentums zu führen. Die diesbezüglichen
Unterredungen in Wien, Paris, Rom, Baden-Baden und Frank-
furt seien zuerst günstig verlaufen, doch ^{habe} ~~werde~~ er diese
Gespräche nicht mehr weiterführen wollen, nachdem die
ungarische Regierung Massnahmen gegen das ausländische
Eigentum getroffen hätte. Durch diese "räuberischen" An-
ordnungen habe er sich in eine schwierige Lage versetzt
gefühl, indem er nicht gegenüber Regierungen ungarische
Interessen habe vertreten wollen, nachdem die Ungaren
selbst gegen die betreffenden ausländischen Interessen
vorgegangen seien.

Ueber die Aussichten für eine Regelung über
eine Entschädigung für das durch die ungarischen Nationali-
sierungsmassnahmen getroffene schweizerische Eigentum
befragt, erklärte Dr. Nyaradny, dass seiner Auffassung nach

10. Dez. 1948



die Aussichten auf eine befriedigende Lösung nach seinem Rücktritt eher günstiger geworden seien. Denn die grundsätzliche Opposition seiner Regierungskollegen gegen alles was er unterstützt habe, falle nun ganz weg und diese seien nun wahrscheinlich eher zu einem Entgegenkommen bereit, nachdem sie die ganze Verantwortung allein tragen. Er habe kurz vor seiner Abreise seinen Ministerkollegen ein Memorandum unterbreitet, worin er auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Westmächten in dieser Frage hingewiesen habe. Ferner habe er dem Ministerpräsidenten und Minister Gerö das schweizerisch-jugoslawische Abkommen unterbreitet und dieses auch als Beispiel für eine ungarisch-schweizerische Regelung bezeichnet.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Politische Angelegenheiten

8. Dezember 1948.

Jan W.